

Apartheid in Südafrika

Mahner in der Wagenburg

Chief Buthelezi träumt von der umstürzenden Kraft der Bildung statt von der Revolution / Von Hans Jakob Ginsburg

Seine kriegerischen Vorfahren, die Könige des Zulu-Volkes, leisteten den Truppen des britischen Empire jahrelang blutigen Widerstand. Das ist über ein Jahrhundert her. Er selbst gilt aufgeklärten weißen Südafrikanern als die „große weiße Hoffnung“, weil er wie kein anderer schwarzer Führer auf den gewaltlosen Übergang von der Apartheid zu einer gerechten Verfassung setzt. Mangosuthu Gatscha Buthelezi, 1928 zum Häuptling der Zulus geboren, 1972 zum Ministerpräsidenten des schwarzen Homeland Kwazulu gewählt, Führer einer „national-kulturellen Bewegung“ (Partei darf sich die Organisation „Inkatha“ nicht nennen) mit fast einer Million eingeschriebenen Mitgliedern, besuchte in der vergangenen Woche die Bundesrepublik.

Im deutschen Fernsehen diskutierte er mit Landsleuten weißer und schwarzer Hautfarbe, rassistischer und revolutionärer Gesinnung; in Bonn bat er um Mittel der deutschen Welthungerhilfe für seine von der Dürre geplagten Zulus, bei seinen Gönnern in den kirchlichen Entwicklungsdiensten warb er für neue Hilfsprojekte. Die Werbung ist nötig, denn die politischen Differenzen unter Südafrikas Schwarzen spiegeln sich bei ihren deutschen Freunden wider: Gatscha Buthelezi gilt vielen schwarzen Intellektuellen und Kirchenführern als zu gemäßigt, zu angepaßt an Bothas Regime; darum rät der Südafrikanische Kirchenrat seinen deutschen Schwestern und Brüdern von der Zusammenarbeit mit dem Homeland-Führer ab, und darum fühlen sich Buthelezis Freunde ständig zur Rechtfertigung aufgefordert. Die ist in manchen Gruppen der Evangelischen Kirche noch dadurch erschwert, daß gerade die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU Buthelezis Reise betreute.

Buthelezi selbst mag ein Pragmatiker sein; ein schaler Opportunist ist er gewiß nicht. Über den Präsidenten Botha und seine Reform der Apartheid findet er kein freundliches Wort; die Wandlungen, die mancher als erste Zeichen einer Auflockerung preist, nennt Buthelezi Scheinreformen: das Wahlrecht für die Inder und die Mischlinge, die Auflockerung einiger staatlich verordneter Schikanen gegen die Schwarzen, die außenpolitische Öffnung Pretorias.

Radikale Schwarzafrikaner werfen Buthelezi vor, im Grunde nur als subtiler Apologet Pretori-

as im Ausland zu wirken. Das stimmt nicht; der Chief erweckt nie den Eindruck, es sei doch „eigentlich gar nicht so schlimm“ mit der Apartheid – ganz im Gegenteil. Seine Freiheit – zu reden, zu schreiben, zu reisen – verdankt er nicht einer Funktion als nützlicher Idiot der Rassisten, sondern seinem Drohpotential: die über fünf Millionen Zulu, ein Drittel der schwarzen Bevölkerung Südafrikas, haben ihre kriegerische Vergangenheit nicht vergessen. Die Regierung in Pretoria kann sich nicht leisten, Buthelezi zu verhaften oder unter Arrest zu stellen wie andere Führer der Schwarzen und der Farbigen – es sei denn, sie wolle einen blutigen Aufstand provozieren. Gewaltlosigkeit – diesen Gedanken entwickelt Buthelezi wieder und wieder – ist eine pragmatische Entscheidung angesichts der Machtverhältnisse und hat nur so lange Sinn, wie die schwarzen Südafrikaner noch auf friedlichen Wandel hoffen können.

„Homelands sind so etwas wie Indianerreservate in Nordamerika“, erklärt Buthelezi seinen deutschen Gesprächspartnern. Die Weißen haben alles Land für sich reklamiert, das wirtschaftlichen Ertrag verspricht, und den erbärmlichen Rest den Schwarzen zugewiesen: Zehn Staats-Fassaden ohne wirkliche Lebensfähigkeit, nominelle Heimatländer für die in der Südafrikanischen Republik rechtlosen schwarzen Arbeiter, die ausgebürgert werden und die Staatsangehörigkeit jenes „Landes“ erhalten, das ihrem Stamm zugewiesen wurde. Vier dieser Gebilde hat Pretoria in die von keinem anderen Staat der Welt anerkannte „Unabhängigkeit“ entlassen, die anderen sollen folgen.

Das größte Homeland freilich weigert sich, „unabhängig“ zu werden. Unter Buthelezis Führung bestehen die Zulus darauf, Staatsangehörige der Südafrikanischen Republik zu bleiben. Kwazulu, „ihr“ Homeland, betrachtet sich selbst als Zwangsgemeinschaft in widerwärtigen Grenzen: 29 kleine Gebiete und noch ein paar Dutzend winzige Enklaven, verstreut über die ganze südafrikanische Provinz Natal, bilden ein Kunstgebilde nach dem Geschmack der Apartheid-Theoretiker, aber keinen Staat. Die Pseudo-Unabhängigkeit der Zulus zu verhindern, war das erklärte Programm des Häuptlings Buthelezi, als er sich vor zwölf Jahren zum „Chefminister“ küren ließ.



Gegen den Rassismus, gegen die schwarze Ungeduld: Gatscha Buthelezi

Aufnahme: DZ

Buthelezi hat dieses – negativ formulierte – Ziel erreicht. Sein Gegenentwurf mußte freilich Theorie bleiben: der Verfassungsentwurf für ein demokratisches, gemischt-rassiges Natal/Kwazulu mit Minderheitenschutz, das den Schwarzen gleiche Chancen verspricht und die Ängste der Weißen und der in Natal Hauptstadt Durban besonders zahlreichen Inder vor der schwarzen Überzahl besänftigt. Buthelezi ließ den in der traurigen Wirklichkeit Südafrikas so utopischen Entwurf von einer Kommission ausarbeiten, in der sich hochkarätige Südafrikaner weißer, schwarzer und brauner Hautfarbe einfanden, Wissenschaftler und Geschäftsleute. Vielen früheren Mitstreitern Buthelezis aber war das alles zu gemäßigt, zu ängstlich gegenüber der weißen Vormacht, zu botmäßig gegenüber den Interessen der großen Konzerne.

Buthelezi selbst gehörte einst als Student zu den Führern der ältesten Bewegung der schwarzen Südafrikaner, des *African National Congress*. Der ist heute in Südafrika verboten; seine Sprecher im Exil haben marxistische Argumente übernommen und sprechen von der südafrikanischen Rassenfrage als Klassenfrage. Der Häuptling Buthelezi

will ihnen da nicht folgen – und, wichtiger vielleicht, er lehnt die vom ANC unterstützten Terroraktionen als sinnloses Blutvergießen ab. Die weißen und schwarzen ANC-Sympathisanten der breiten Oppositionsbewegung *United Democratic Front* sind seine erklärten Feinde.

Buthelezi läßt sich nicht in die Ecke des Kollaborateurs drängen. Die bescheidene Machtbasis in Kwazulu, das betont er nachdrücklich, habe er im Interesse seiner Landsleute gegen die weißen Herren in Pretoria ausgenutzt. Er hat vor Gericht verhindert, daß Südafrika einen größeren, von Zulu bewohnten Landstreifen an den Marionettenstaat Swasiland abtritt; er sorgt für die hungernden schwarzen Viehhirten, denen ein Wirtschaftsboykott gar nichts, Weizenlieferungen dagegen viel helfen; er bemüht sich mit der Hilfe europäischer Freunde um den Aufbau eines vernünftigen Schulsystems für seine Zulus.

Buthelezis schwarze Gegner mögen von einer erfolgreichen Revolution träumen; der Häuptling, den die Universität Fort Hare in Natal in einen Intellektuellen verwandelte, träumt von der um-

stürzenden Macht der Bildung. In Bonn, nach einem Vortrag vor geladenen Gästen, fragte ihn ein Zuhörer: „Wenn eine gute Fee Ihnen einen von drei Wünschen erfüllen könnte, für welchen würden Sie sich entscheiden: für ein Ende der Zwangsumsiedlungen, für die Aufhebung der Paßgesetze gegen die Schwarzen oder für die Aufhebung des Mischehenverbots?“ Buthelezis Antwort: „Ich hätte nur einen Wunsch an die Fee: gleiche Bildungschancen für schwarze wie für weiße Kinder.“

Wissen ist Macht, Bildung macht stark – das ist der Kern der Utopie des Häuptlings. Die schwarze Bevölkerung Südafrikas wächst schneller als die weiße, das Land braucht ausgebildete Leute, wenn auch nur die Weißen ihren Wohlstand halbwegs erhalten wollen. Einer gebildeten, selbstbewußten schwarzen Mehrheit, deren berufliche Fähigkeiten auch aus der Sicht der Weißen unverzichtbar sind, können die Menschen- und Bürgerrechte nicht vorenthalten werden. Die Schwarzen selbst hätten dann aber auch keinen Grund, die Weißen – „Sie gehören zu diesem Land wie wir; das sind nicht nur ein paar Siedler wie in Simbabwe“, sagt Buthelezi – aus dem Land zu drängen.

Die strategische Schlußfolgerung Buthelezis ist Geduld: Wenn die Zeit sowieso für die Schwarzen arbeitet, lohnt sich kein blutiger Aufstand gegen die militärische Übermacht, lohnen sich keine Gesetzesbrüche. Es gilt vielmehr, alles für den Ausbau des unzureichenden schwarzen Schulwesens zu tun – und natürlich zu verhindern, daß Südafrikas Herrscher die Schwarzen zu Ausländern machen oder in der – durch die große afrikanische Dürre noch verschlimmerten – Armut so verkommen lassen, daß ihre Kinder zu krank und zu hungrig bleiben, etwas zu lernen.

Buthelezis Tragik ist offenbar: Wenn die Schwarzen etwas lernen, wenn junge Afrikaner aus der Welt ihrer Stämme in die Arbeitswelt der großen Städte heraustreten, wo sie tagtäglich erfahren, wie schlecht ihre Qualifikation und ihr Arbeitswille entlohnt werden, dann verlieren sie die von Buthelezi propagierte Geduld. Der evolutionäre Prozeß, den der Häuptling propagiert, schafft Revolutionäre. Die wenden sich von ihm ab und übernehmen die Kritik der ANC-Emigration am angeblichen Kollaborateur und rückständigen Häuptling, der vielleicht noch für die hinterwäldlerischen Zulu-Stämme sprechen könne, nicht aber für die großstädtischen Massen der Schwarzen.

Buthelezi argumentiert dagegen einmal mit der Macht der Zahlen: 984 000 Mitglieder seiner Inkatha machen sie zur weitaus stärksten politischen Bewegung des Landes (auch wenn viele Bewohner Kwazulus aus Opportunitätsgründen der Partei des Chefministers beigetreten sind). Und dann kehrt er zu seinem wichtigsten Argument zurück: Gerade wenn man das Botha-Regime besonders verabscheut, darf man nicht auf die große Revolution setzen und die kleinen Schritte verachten. „Wir brauchen Nahrung, wir brauchen medizinische Versorgung, wir brauchen Lehrer, heute schon. Wenn Sie die Möglichkeit hätten, über einem Konzentrationslager Lebensmittel abzuwerfen, würden Sie das doch auch nicht bleiben lassen, nur um gegen die Lagerverwaltung zu protestieren.“

DDR-Geburtstagsfeier

„Das wird ein schöner Montag“

Ein Wochenende in Ost-Berlin; Fackeln, Marschlieder und Raketen

Von Marlies Menge

Über die Stadt schien der Ausnahmezustand verhängt worden zu sein, und Berlin war ein Wochenende lang zum Jubeln verurteilt: Jubel zum 35. Geburtstag der DDR bei der Festveranstaltung im Palast der Republik, beim endlosen Fackelzug von massenhaft aus dem Land angekarrten Jugendlichen, bei der raketenstrotzenden Militärparade.

Ganz beschaulich war der staatlich verordnete Jubel dagegen beim Fahnenappell in der Schule, die ich von meiner Ostberliner Wohnung aus beobachten kann. „Unser Schmuck ist das Halstuch“, tönte es aus dem Kassettenrecorder auf dem Tisch des Schulhofes. Daneben standen die beiden Fahnenträger. Namen wurden aufgerufen. Wer in diesem September in die erste Klasse gekommen war, bekam ein blaues Halstuch, wurde zu Ehren des 35. Geburtstages in die „Jungen Pioniere“ aufgenommen – erste Stufe in der gesellschaftlichen Karriere eines DDR-Kindes.

Die Straßen zum Zentrum der Stadt waren von

Mann. „Gestern waren sie schon beim Zapfenstreich, heute bei der Kranzniederlegung, morgen bei der Militärparade.“

„Gewehr ab“, wurde gebrüllt. Auf einen Schlag knallten die Gewehrkolben aufs Pflaster. „Das sinn ähm de Breußen“, sächelte jemand hinter mir. „Dafür sinn se ja begannd, daß se uff Ordnung und Zagg halden.“ Ein Mann erzählte, daß es im Betrieb wieder mal Produktionsausfall gegeben hatte, ein anderer ereiferte sich über Dynamo Dresden beim Fußball-Europacup.

Plötzlich stieß mich jemand in die Seite und wies nach vorn: „Honecker.“ Um mich herum wurde geklatscht. „Sieh mal Gromyko neben Erich“, sagte eine Frau. „Die sind doch ganz freundlich miteinander.“ Offenbar dachte sie an die Querelen zwischen Moskau und Ost-Berlin vom letzten Sommer. Beifall bekam auch Arafat. „Der bleibt uns treu“, sagte ein Mann. „Ceausescu hätte ruhig auch kommen können. Wo Honecker ihn zu seinem Staatsgeburtstag neulich besucht hat. Bei uns ist diesmal von überall her nur zweite

Nachmittags gegen fünf brach dann das große Verkehrschaos aus. Die Ostberliner Innenstadt war mit Bussen voller FDJler total verstopft. Nichts ging mehr. Ich stand eingeklemt zwischen Bussen. Der Fahrer des Trabant vor mir war aus seinem Wagen ausgestiegen und schimpfte: „Det ihr hier steht, kann ik ja noch verstehn, ihr wollt zu dem blöden Fackelzug. Aber ik, ik will doch bloß nach Hause.“ Zu Fuß lief ich durch die Herden grölender Jugendlicher, die Limonade aus Plastikbechern tranken, Würstchen aßen, rauchten.

„Wir sind gestern nacht aus Thüringen losgefahren“, erzählte mir ein junges Mädchen mit verwegener Punkfrisur über dem Blauhemd. „Und heute nacht fahren wir wieder zurück.“ An der Tankstelle hatte mir ein Mann erzählt, daß 650 Busse von außerhalb mit FDJlern in die Stadt gekommen wären, aus jedem Winkel der DDR: „Da wird uns immer eingehämmert, wir sollen Sprit sparen, und dann wird er hier sinnlos auf Deubel komm raus vergeudet.“

Die Straße Unter den Linden sah am Abend aus

flüchtet hatte. Für Ost-Berlin war dies an diesem Wochenende kein Thema.

Am Sonntag dann die Militärparade mit einer Menge freiwilliger Spaliersteher. Vor mir hatte sich eine junge Familie eingefunden, Vater und Mutter ebenso blond wie ihre beiden Söhne, acht und fünf Jahre alt. „Die sind Schau“, freute sich der größere über die Panzer. „Warum haben sie so ein langes Rohr hinten dran?“, fragte der jüngere bei einem anderen Fahrzeug. „Damit können sie schießen und besonders gut zielen“, erklärte der Vater. „Guck’ mal, da sind Raketen“, jubelte der größere Sohn. „Damit kann man feindliche Flugzeuge abschießen“, belehrte ihn der Vater. „Aber heute kommen keine feindlichen Flugzeuge?“ – „Nein, heute hoffentlich nicht. Sonst – brrrr – sind sie weg.“

Der Einwand einer Frau, daß die Panzer die Straßen strapazieren, wurde von den jungen Männern und ihren Kindern ebenso ignoriert wie die Bemerkung eines jungen Mädchens, daß diese Fahrzeuge auch die Luft verpesten. Sie ließen sich



Gute Mienen nach harten Auseinandersetzungen: Außenminister Gromyko, der Ost-Berlin wieder auf Moskauer Kurs brachte, zwischen Egon Krenz und Erich Honecker beim DDR-Jubiläum
Aufnahme: Sipa-Press

Ceausescu in Bonn

Einer kommt durch

Der rumänische Präsident demonstriert Eigenwilligkeit

Erst sollten es drei auf einen Streich sein, die das westliche Deutschland im Herbst besuchten. Doch am Ende ist nur einer sich selbst treu geblieben, der schon seit Jahren politisch davon zehrt, daß er dem Kreml Streiche spielt: Rumäniens Staats- und Parteichef Ceausescu kommt Anfang nächster Woche in die Bundesrepublik.

Nachdem Honecker und der Bulgare Schiwkoff in einem zähen Bruderkrieg mit Moskau ihren eigenständigen Westkurs nicht durchgehalten hatten, wurde zuletzt auch Ceausescus geplante Reise mit spekulativen Schlagzeilen in Frage gestellt. Der Wirbel, zu dem die traditionelle Unbescheidenheit Bukarests und das zur Gewohnheit werdende Ungeschick der Bundesregierung beitrugen, war töricht und schädlich zugleich. Denn der rumänische „Conducatorul“, der mit seiner ehrgeizigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bankrott gegangen ist, konnte den Rest seiner Reputation als außenpolitischer Makler an der Ost-West-Börse gar nicht durch eine Absage aufs Spiel setzen.

In Unterschätzung dieser Ausgangslage hatten die Rumänen offensichtlich geglaubt, sie könnten das Ceausescu plötzlich zugefallene Monopol, einziger Besucher am Rhein zu sein, über seinen Stellenwert hinaus vermarkten – und zwar auch gegenüber Moskau. Sie drangen auf eine gemeinsame Erklärung Bonns und Bukarests, die Rumäniens Standpunkt zur Raketen-Abrüstung widerspiegeln sollte, der wiederum mit Moskaus Position identisch ist. Außerdem wünschten die Rumänen, daß ihr Präsident auf dem Flugfeld in Köln-Wahn von Bundeskanzler Kohl – und nicht, entsprechend den Bonner Usancen, vom Chef des Protokolls – empfangen werden sollte.

Ganz offensichtlich – und zum verständlichen Ärger Hans-Dietrich Genschers – konnten unerfahrene Beamte in Bonn ihre Verstimmlung über das – vor solchen Besuchen ganz typische – Pokerspiel der Rumänen nicht für sich behalten. Was mit diplomatischem Kompromiß und ohne große Spekulationen zu lösen war (jetzt empfängt Genscher den Gast am Flughafen), wurde einigen unionsfreundlichen Zeitungen zugetragen. Kommentatoren, die dem rumänischen Diktator sonst wegen jeder vagen Kritik an Moskau publizistisch auf die Schulter zu klopfen pflegten, stellten plötzlich unter dem Motto „Es muß nicht sein“ nach der bewährten Holzfäller-Höflichkeit Dreggers gegenüber Honecker auch diesen Besuch in Frage.

COMMENT

PHONE: 673-4160

WE ARE more than astounded by the Government's gripe against the intended visit of a British Labour Party MP to the three political activists in the British Consulate in Durban.

Reports yesterday said there was likely to be a diplomatic showdown over the proposed visit to South Africa of Mr Donald Anderson, a Labour Party frontbench MP and spokesman on South Africa.

Our astonishment comes after the visit to this country of a member of the Conservative Party, one Mr John Carlisle. Mr Carlisle, who was a state visitor, said all sorts of uncalled for things about a matter that had nothing at all to do with him. It would have been better if Mrs Margaret Thatcher had said the six men in the consulate should be thrown out, as did Mr Carlisle. In the light of that we cannot at all see why there should be so much of a rumpus about the Labour MP.

As Mr Anderson prepared for his visit to the three remaining fugitives in the British Consulate, the South African Embassy in London slammed the "blatantly political" purpose of the visit.

The embassy's Minister (Information), Mr Kosie Venter, warned that the British Government would be "in further breach of its solemn international obligations and undertakings" if it allowed Mr Anderson to visit "the South African nationals still granted illegal refuge in the consulate." But a spokesman for the British Foreign Office said bluntly that as a British MP, Mr Anderson would be entitled to visit whomsoever he liked at the British Consulate.

This whole merry-go-round is just about beginning to tire us. We believe if the British Government had any courage they would have allowed the six men asylum in that country at the worst. At the best they would have intervened on their behalf, as the whole world is aware of the obnoxious laws the men are fighting by going aground in the consulate building.

On the other hand, South Africa could have come out much cleaner if she had given the men an undertaking that they would not be re-detained until their cases were, at least, heard in open court of law. We believe such discussions would have thrown the whole issue of detention without trial into open relief. The debate would have been public, involving two governments.

The fact that three of the six who tried to leave the consulate were detained so speedily only shows what would have happened if the whole group had given themselves up.

It is perhaps necessary for people who live in countries that presume to be democratic, to demonstrate their displeasure against certain laws that they deem not fair.

Labour MP Anderson backs letter to Thatcher after protest

THE DAILY - 12 OCT. 1984

LONDON: Labour MP Mr Donald Anderson, who will visit the three fugitives in the British Consulate in Durban next week, has backed a letter to Mrs Margaret Thatcher attacking Britain for urging the men to leave.

He and two other Labour MPs handed in the letter at 10 Downing Street yesterday after a demonstration outside the Foreign Office.

During the demonstration supporters carried posters with slogans reading: "Don't force them out - let the Durban Three stay", and "Britain make a stand for human rights in South Africa".

The letter, signed by Bob Hughes, chairman of the Anti-Apartheid Movement, replied to one from Mrs Thatcher in which she said the three should not be required to leave against their will.

Mr Hughes said he had been encouraged by this assurance, but later had been concerned at the request to the three men to leave.

He noted that when three of the original six had left the consulate they were immediately arrested.

"Thus the Government knew with certainty when it sent this message on October 8 that it was tantamount to asking the three remaining men to surrender to the South African security police."

Foreign Service

• He pointed out that none of the six men faced any charges, nor had they committed any offence.

He asked for an urgent explanation why the October 8 message was sent to the three men. He also wanted an undertaking that the British Government would stop applying pressure for them to leave, and for an assurance that they would not be forced to leave against their will.

Mr Anderson believes that Britain is ready to recall its ambassador to South Africa and to demand the removal of Mr Denis Worrall, the South African Ambassador, over the Republic's refusal to return four men to Britain to face arms charges.

According to Mr Anderson a letter he has had from Foreign Office Minister Mr Malcolm Rifkind makes it clear that Britain's relations with South Africa may have to be reviewed "very carefully".

Mr Anderson said Mr Rifkind told him that the South African Government had made a commitment to return the four men for their trial in Coventry and were honour-bound to do so.

Mr Anderson added: "I told the Foreign Office that our ambassador should be recalled if that commitment is not honoured and their ambassador in London (Mr Worrall) should be asked to leave."

rall) should be asked to leave.

"The reply I got from Mr Rifkind implies that this is what will happen."

In Pretoria the Minister of Foreign Affairs, Mr Pik Botha, said last night he had no objection to the proposed visit by Mr Anderson to the three detainees who were held after leaving the British Consulate in Durban on Saturday.

The only stipulation Mr Botha made in a statement to Sapa in Pretoria was that the three men - Mr Mewa Ramgobin, Mr M.J. Naidoo, both Natal Indian Congress officials, and Mr George Sewpershad, the NIC president - must be prepared to receive Mr Anderson.

Mr Anderson is expected in Johannesburg on Sunday en route to Durban.

The NIC officials are being held in Pietermaritzburg under Section 28 of the Internal Security Act.

• Police prosecutions against 24 anti-apartheid demonstrators who protested outside South Africa House in Trafalgar Square have been formally dropped.

The charges were withdrawn at Bow Street Magistrates' Court in central London yesterday.

One woman was, however, fined R100 for failure to comply with a policeman's direction during a demonstration against the visit to Britain of Mr P.W. Botha.

South Africa changing, Oppenheimer tells US

Daily News Foreign Service

NEW YORK: With apartheid having become untenable, South Africa was "at last on the move," Mr Harry Oppenheimer said in New York yesterday.

A frequent visitor to New York, he was addressing the board of governors of the Foreign Policy Association in a private session.

He told members of the association, which is regarded as an influential private think-tank, that what had made apartheid - "which is just shorthand for oppression of blacks by whites" - untenable were internal and external pressures, but that external pressure could be unproductive.

"External pressure, if it is to be of value, must attempt to bring about reform, not revolution. The trouble with the policy of disinvestment and economic sanctions is that it works, if it works at all, for violent and not peaceful means.

"It is because the South African economy has moved forward rapidly that the original

apartheid policy has had to be scrapped and that some changes for the better have come about."

In this climate of change, he urged South Africans and friends of South Africa to accept the new constitution as a beginning, "while at the same time pressing strongly for a share in central power for the blacks."

Although the National Party retained all its old powers under the new system, Mr Oppenheimer said, "it is quite wrong to think of the new dispensation as a sham, or as a device to entrench apartheid in some new form."

Mr Oppenheimer concluded: "South Africa is at last on the move, economically, socially and politically."

"South Africans, even white South Africans, are not really worse than other people. They are just ordinary men and women who find themselves face to face with problems which require quite exceptional qualities of courage, magnanimity and faith for their solution."

"The hour may be late, but the way to peaceful change still deserves a chance."

Page 1 of 2

LABOUR MP ANDERSON BACKS LETTER TO WATCHER AFTER PROTEST.

PAGE 2 OF 2

THE DAILY NEWS, FRIDAY, OCTOBER 12, 1984



Labour MP Mr Donald Anderson, who leaves for Durban tomorrow, took part in a demonstration outside the Foreign Office in London yesterday.

Vaal councils plan own police forces

THE STAR
12 OCT 1984

Vereeniging Bureau

Black municipalities plan to establish their own para-police forces "who can help fight against the unrest", the Lekoa Town Council and officials of the Oranje Vaal Development Board announced at a Press conference yesterday.

They also planned a *tour de force* or display of power to "demonstrate the upperhand of law and order to residents".

Businessmen and members of the Press toured the riot-torn black townships of the Vaal Triangle area yesterday and surveyed damaged estimated at about R15 million.

Senior representatives of major companies and industries in the Vaal triangle were yesterday urged to be sympathetic towards employees involved in the recent unrest.

After the tour the Lekoa Town Council and officials of the Oranje Vaal Development Board said at the Press conference that they had several contingency plans in the pipe-line "to end the

intimidation of local residents". Among the plans mentioned were:

- The formation of para-police forces by the black municipalities in the area. Mr Dirk Ganz, Chief Director of the Oranje Vaal Development Board, would not elaborate.

- A display of power.

- With the rebuilding of Lekoa, new strategies will be followed to ensure that the townships are less susceptible to outbursts of unrest and riots.

Members of the Lekoa Town Council, which controls all the Vaal Triangle townships excluding Evaton, said they were going to try end the on-going unrest.

The councillors claimed a minority group of less than five percent of the area's 300 000 residents were responsible for the present "reign of terror and intimidation being experienced by innocent and law-abiding citizens".

The "intimidators" grip was still so effective after 40 days of unrest, that between 90 and 95 percent of the 93 000 scholars in the region were still staying away from school, the councillors added.

They said pupils who reported for classes were chased home and victimised by intimidators.

A spokesman for the Oranje Vaal Development Board said that police were still guarding about 12 points in the townships but that intimidation was still so widespread that the Lekoa Town Council is allegedly "being robbed of about 90 percent of its current income".

Where the council's average income amounted to R3 million a month from rent and levy charges before the unrest, they were now only receiving about R300 000 a month because tenants were allegedly being told not to pay their debts.

- The United Democratic Front (UDF) today reacted with dismay to the proposed plan to "curb intimidation" in the Vaal Triangle.

A spokesman for the organisation said that the plan to establish a local council para-military police force would only deepen the crisis.

He added that the people of the Vaal, and elsewhere, had shown their rejection of the puppet local authorities and those who serve on those bodies.

The spokesman said that the grievances of the Vaal people must be attended to and their demand to be included in a single Government must be met.

Buti to speak at Ucasa meeting

By McKeed Kotlolo

The Urban Council Association of South Africa (Ucasa) will hold a national conference at the Mamelodi Y M C A from 9 am tomorrow.

The Mayor of Alexandra, the Reverend Sam Buti, will speak on "The costly way to freedom and on liberation through development".

The guest speaker, Mr David Curry of the Labour Party, will speak on "What the Labour Party envisages as its role in Parliament especially with the exclusion of urban blacks".

Mr Alex Kekana, the Mayor of Mamelodi will give the opening address while the presidential address will be given by the national president of Ucasa, Councillor S I P Kgame of Dobsonville.



Rev Sam Buti

Tough US Senator kills sanctions in Congress

THE DAILY
12 Oct. 1984

Daily News Foreign Service

WASHINGTON: A hard-fought effort to impose the first American economic sanctions on South Africa died in the United States Congress last night as members scrambled to wind up their 1984 session.

The man who killed it was Senator Jake Garn, a tough-talking conservative Republican from Utah, who was angered by an attempt in the House of Representatives earlier in the day to put more bite into the sanctions.

He felt that the House Congressmen should not have tampered with the legislation after it had been the subject of a compromise between the two congressional chambers.

The sanctions, an amendment to a controversial export administration Bill, needed unanimous approval to get to the floor of the Senate.

In the light of Senator Garn's opposition, it could not be considered and thus it died.

"It's a dead duck," a spokesman for the Senator said later.

The day's dramatic events in Washington ended a year-long battle over anti-South Africa sanctions that have become so complex in the past fortnight that even veteran political analysts here had problems tracking its progress.

The sanctions — a ban on mul-

ti-million-dollar US bank loans to the SA Government and a requirement that US companies in South Africa report annually to the State Department on their treatment of black staff — were the arm-twisting compromise survivors of much tougher measures approved by the House last year but blocked by the Senate.

Last week, the sanctions were trapped in a congressional dispute over unrelated legislation and most analysts here felt they had died then.

Later, however, the Senate returned to the sanctions, dropping the bank loan ban but adding some teeth to the annual reporting by imposing penalties on companies whose practices in South Africa failed to reach the Sullivan Code standards.

Later still, the House of Representatives rejected the Senate version, reimposed the bank loan ban but softened the reporting part by removing the penalties.

It was this that angered Senator Garn.

He felt the House should not have changed the sanctions.

The House approved the sanctions by 269 votes to 62. Congressman Steven Solarz of New York, who led the House fight, said it would give Pretoria notice that the US Congress would not accept business as usual.

The Daily News

Mr Anderson's visit

GIVEN the attitude displayed at the British Labour Party's recent conference, and given the participation of Mr Donald Anderson MP in a demonstration outside the Foreign Office before flying to South Africa to discover the facts against which he has protested in advance, an exercise of political posturing to embarrass the British and South African Governments seems more likely than a dispassionate gathering of the facts.

However, it is important that Mr Anderson's visit should proceed with the minimum of fuss. He should be allowed to see whom he wishes to — and it seems this will be allowed. Even if he should be asked to address a rally or-

ganised by the Natal Indian Congress and the United Democratic Front, the Government should weigh its irritation against the immense negative propaganda which could be created if such a gathering were stopped. It is the Government, after all, that has allowed Mr Anderson to visit.

The British Consulate affair becomes more vexing by the day and there can be little doubt that it does impinge on South Africa's sovereignty; the present position cannot continue indefinitely. It was precipitated by South Africa's widely criticised system of detention without trial. Hence the dilemma.

THE DAILY NEWS, FRIDAY, OCTOBER 12, 1984

Black home loans plan to have most impact in Natal

Daily News Reporter

THE announcement by the Minister of Co-operation, Development and Education, Dr Gerrit Viljoen, that it should now be possible for housing loans to be made available to residents of self-governing homelands, should have its greatest impact in Natal.

But the building societies have made it clear that even here money will be lent almost exclusively for housing in the already-established townships such as KwaMashu and Umlazi, and only in informal settlements or rural areas in exceptional cases.

In a statement this week, the Urban Foundation's chief executive officer, Mr J.H. Steyn, welcomed the Minister's announcement, saying that in view of the

critical housing shortage, any such steps should be supported.

He said the significance of the decision was most apparent in Durban, where the overwhelming majority of blacks who live in greater metropolitan area actually live in KwaZulu.

"Although they are urbanised citizens, they are by virtue of the boundaries of KwaZulu excluded from access to conventional housing finance.

"This anomalous situation has now been rectified and thousands of black families will have access to building society finance."

But the general manager of the Natal

Building Society, Mr John Bennett, said yesterday that although the society would be making funds available to residents within the homelands, they would not be interested in "non-established" areas.

In Durban's case, this would mean only residents of areas such as KwaMashu and Umlazi were likely to be accepted.

This was a view shared by the SA Permanent Building Society's regional manager, Mr Barry Rainier, who said his organisation would concentrate on townships such as KwaMashu.

He also warned financial resources for home loans were restricted.

The societies, however, were not expecting to be inundated with applications.

Boycott will continue - Azasm

A CALL on Soweto scholars to boycott classes until the government has met student demands was yesterday made at a meeting organised by the Azanian Students' movement (Azasm).

According to the organisation's publicity secretary, Mr Kabelo Lengane, some 1000 students and parents who

gathered in the Regina Mundi hall in Soweto unanimously endorsed a boycott call made by Azasm last Friday.

Mr Lengane said the boycott would last until the government had met one particular "non-negotiable" demand, the postponement of school examinations from late this month until February or March next

year.

The boycott would affect all Soweto students, including those from private schools and colleges such as Damelin, Mr Lengane added.

The Regina Mundi meeting rejected the "educational constitution" announced this week after being compiled for the black communities by the Depart-

ment of Education and Training.

Although the government scheme includes the establishment of democratically elected Students Representative Councils, a long-upheld demand of black scholars, Mr Lengane said the lack of consultation with the black communities in its compilation made the plan unaccep-

table.

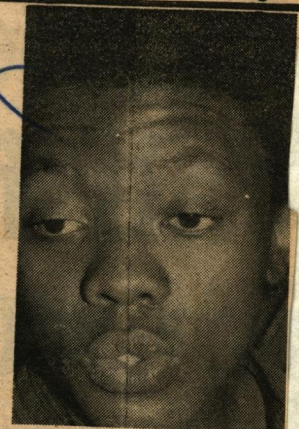
"The DET plan's unilateral nature defeats the democratic principle."

Mr Lengane said the meeting unanimously resolved that Azasm and the Congress of South African Students should meet and draft "a constitution acceptable to all black students."

He added that the

government plan was further unacceptable because it had not addressed problems that have made up the centre of student demands during months of boycotting.

These include excessive corporal punishment, the age limit question and the withdrawal of police interference in the township schools.



KABELO LENGANE:
Azasm publicity secretary.